

## ZEITGESCHEHEN

# Trennung von Staat und Kirche auf dem Steuerbescheid

Hat die Kirchensteuer in ihrer aktuellen Form ausgedient? Der evangelische Sozialethiker und Theologe Franz Segbers fordert eine Reform der Finanzierung von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. In der Monatszeitschrift „Zeitzeichen“ sprach er sich für die Einführung einer Kultursteuer nach italienischem Vorbild aus. Der Staat stellt den Bürgern dabei einen Teil der Einkommenssteuer mittels eines Gutscheins zur freien Verfügung. So können die Steuerzahler selbst entscheiden, ob ihr Beitrag Religionsgemeinschaften, sozialen oder kulturellen Zwecken zugutekommen soll.

„Religionsfinanzierung ist eine hochpolitische Angelegenheit“, schreibt Segbers und verweist auf die zunehmende Säkularisierung der Gesellschaft, eine schwindende öffentliche Bedeutung des Glaubens und der Kirchen. Bisher wird die Kirchensteuer

in Deutschland von den Finanzämtern eingezogen. Für den Verwaltungsaufwand behält der Staat je nach Bundesland zwischen zwei und vier Prozent der Einnahmen ein. Mit dieser Sonderregelung, die laut Segbers auf vordemokratische Zeiten zurückgehe, sei die Kirchensteuer ein „Fremdkörper in einer demokratischen Gesellschaft“.

Um Staat und Kirche effektiver zu trennen, schlägt der Sozialethiker als neues Finanzierungsmodell drei Säulen vor: Die erste Säule besteht aus Kollekten und Spenden der Gläubigen, die zweite Säule aus einem Kirchensteuereinzug durch eigene Kirchensteuerämter der Kirchen – und nicht mehr über das Finanzamt. Die dritte Säule stellen die Gutscheine aus der Einkommenssteuer dar. „Diese Neuausrichtung wird der religionspluralen und säkularen Landschaft in Deutschland gerecht.“